

Kein Luxemburg-Bashing

Die maßgeblich an Luxleaks beteiligten Journalisten Edouard Perrin (*Cash Investigations/Premières Lignes*) und Bastian Brinkmann (*Süddeutsche Zeitung*) kommentieren im *forum-*Interview die Luxemburger Verteidigungsstrategie und die Folgen der Berichterstattung

Eine Attacke gegen Luxemburg

„Es gibt keine geheimen Absprachen irgendwelcher Art, eine Kampagne gegen Luxemburg zu lancieren, das ist nicht Journalismus, wie wir ihn machen“, stellt Bastian Brinkmann gleich klar. Er dreht den Spieß um: „Wir haben uns nicht Luxemburg ausgesucht, sondern Luxemburg hat sich uns ausgesucht – aus Berichterstattungssicht. Wenn es in Luxemburg keine Missstände im Steuerrecht geben würde, dann gäbe es auch keinen Anlass, zu berichten.“ Der Verweis darauf, dass Luxemburg sich am automatischen Informationsaustausch beteiligt und damit sein Bankgeheimnis aufgibt, helfe da auch nicht, weil das eine nichts mit dem anderen zu tun habe. Natürlich verstehe er, dass es sich aus Luxemburger Sicht so anfühle, als ob die Veröffentlichung auf Luxemburg ziele. „Wir hätten aber genauso gerne die gleichen Daten über die Niederlande oder Irland veröffentlicht“, erklärt er. Für den Zeitpunkt der Veröffentlichung habe es vor allem praktische Gründe gegeben, sagt Bastian Brinkmann, auch wenn der zeitliche Zusammenfall mit dem Amtsantritt Jean-Claude Junckers natürlich die Aufmerksamkeit erhöht habe.

Auch Edouard Perrin sieht in den Luxemburger Reaktionen das klassische „Shoot-the-Messenger“-Prinzip. Diese Art zu reagieren konnte man erwarten, sagt er, auch wenn sie weniger ausgeprägt war als 2012. Damals habe Luc Frieden wenige Tage nach der Ausstrahlung der ersten Reportage von France 2 eine Pressekonferenz einberufen und dort Perrins Arbeit als tendenziös kritisiert und auch von einer Attacke auf Luxemburg gesprochen. „Es ist frustrierend, dass jedes Mal die Hauptverantwortlichen nicht konkret zum Inhalt unserer Recherchen Stellung nehmen“, beklagt Perrin. „Luxemburg-

Bashing“ sei nicht sein Ziel: „Es geht um ein Nachbarland Frankreichs, das im Zentrum der europäischen Einigung steht, und gleichzeitig geht es um unglaubliche Summen – und dann soll man sich keine Fragen stellen.“

Die anderen machen es auch

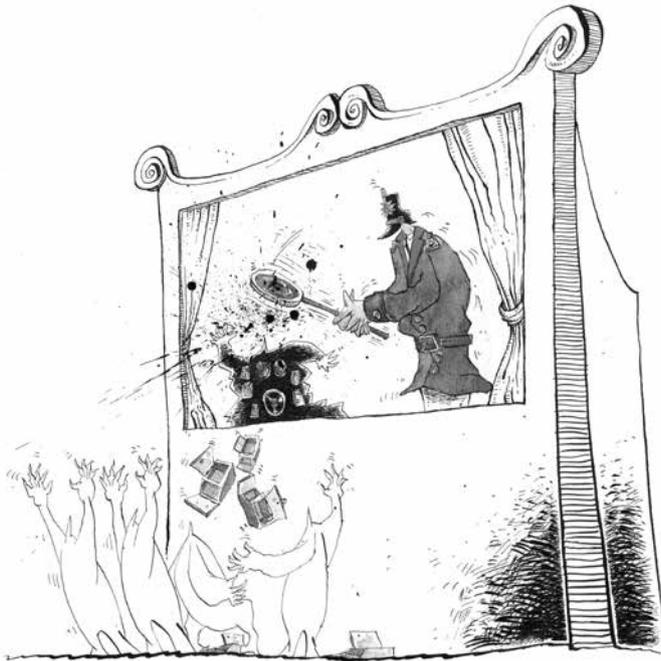
Bastian Brinkman ist an der Kommunikation der Luxemburger Regierung aufgefallen, „dass sowohl Jean-Claude Juncker als auch Finanzminister Pierre Gramegna betont haben, dass diese Tax Rulings auch in vielen anderen Ländern gemacht werden.“ Überzeugt hat ihn dies nicht: „Dieses Argument ist aber inhaltlich vollkommen irrelevant. Es geht nicht darum, dass steuerliche Vorentscheide problematisch sind. Es geht alleine um den Inhalt.“ Edouard Perrin findet, dass Gramegna sich selbst widersprochen habe, denn er habe ebenfalls gesagt, dass die Nichtbesteuerung nicht akzeptabel sei. Doch: „Man muss sich entscheiden: Entweder ist es legal, und jeder macht es, oder es ist eben nicht hinnehmbar.“

Alles legal?

In der Luxemburger Debatte wird gerne betont, Rulings seien eine völlig legale Praxis. Die beiden Journalisten, die sich während Monaten mit den Dokumenten beschäftigt haben, sehen dies deutlich differenzierter. Die Aussage, alles sei legal, stimme auf der rein deskriptiven Ebene, sagt Bastian Brinkmann. Aber: „Wenn man seitenlang nachliest, wie PwC für die Konzerne die Gesetze jedes Mal bis zum Anschlag ausgenutzt hat, dann wird dieser Legalitätsgedanke sehr schwammig.“ Auch Edouard Perrin betont, dass es keine allgemeine Antwort darauf gebe: „Solange ein Steuerkonstrukt nicht juristisch

Laurent Schmit

„Die Rulings haben in Luxemburg ein regelrecht industrielles Ausmaß. Das alleine ist sehr bedenklich.“



in Frage gestellt wird, kann man nicht wissen, ob es berechtigt ist.“ Erst eine detaillierte Analyse von Fall zu Fall ermögliche, die Legalität einzuschätzen.

„Es ist nicht an den Journalisten, die Frage nach der Legalität zu beantworten, aber klar ist, dass die Luxemburger Rulings sehr viele Fragen aufwerfen“, sagt Perrin. „Haben diese Unternehmen eine reale Substanz – wie man im Jargon sagt – oder sind es leere Hülsen, die nur dazu dienen, einer unrechtmäßigen Praktik den Anschein der Legalität zu geben“, fragt er. Auch bei den Transferpreisen – den Transaktionen zwischen Tochtergesellschaften des gleichen Unternehmens, die erlauben, Gewinne zu verlagern – würden sich Fragen stellen. Bastian Brinkmann benennt das Problem, inwieweit „die Kontrolle über die Firma in Luxemburg vielleicht nicht komplett in Luxemburg vorgenommen wird“.

Das größte Problem sieht Edouard Perrin in der Größenordnung: „Die Rulings haben in Luxemburg ein regelrecht industrielles Ausmaß. Das alleine ist sehr bedenklich.“ Er verweist auf das Interview von „Monsieur Ruling“ – dem Steuerbeamten Marius Kohl – mit dem *Wall Street Journal*. Dort habe Kohl selbst gesagt, dass er keine Möglichkeit gehabt hätte, die Informationen der Unternehmen zu überprüfen – etwa zu den Transferpreisen. Das zeige, dass die Kontrolle völlig unzureichend gewesen sei.

Was hat die Berichterstattung bewegt?

Edouard Perrin sieht eine deutliche Entwicklung seit 2012, als er begann an dem Thema zu arbeiten. „Wenn Sie heute die Abendnachrichten schauen,

dann ist es ganz normal, dass von Rulings gesprochen wird.“ Noch 2012 habe es ein enormes Informationsdefizit gegeben, sagt er. Die Journalisten, die über Steuerfragen berichteten, hätten sich viel zu lange auf die Steuerhinterziehung von Einzelpersonen begrenzt. „Da waren NGOs der Entwicklungszusammenarbeit die einzigen, die das Thema der Steuerpraktiken von Konzernen im Blick hatten, weil sie wissen wollten, wohin das Geld der Länder des Südens fließt.“ Ein weiterer Grund, warum das Thema an Bedeutung gewonnen habe, sei, dass die Staatshaushalte hohe Einschnitte verzeichnen und die Bürger immer weniger akzeptieren, mehr Steuern zu zahlen als die Konzerne. Er erwähnt die britische Bewegung UK Uncut, die versuche die Öffentlichkeit dafür zu sensibilisieren. „Aus Protest gegen die Nichtbesteuerung haben sie Filialen von Vodafone, Starbucks und anderen besetzt. Sie waren die Vorreiter in ganz Europa.“

Bastian Brinkmann sieht ebenfalls Bewegung: „Der Austausch von Informationen über Tax Rulings wurde bisher nicht so konkret diskutiert.“ Auch die Bundesregierung habe sich eindeutig positioniert, wenn auch mit einer gewissen Rücksichtnahme gegenüber Luxemburg.

Fragen an Luxemburg

Edouard Perrin hat den Beitrag von Benoît Majerus und Luc Dockendorf mit großem Interesse gelesen, weil es ihn an eine Schweizer Bewegung erinnert: „Das schlechte Image der Schweiz störte eine wachsende Anzahl von Schweizern. Es wird interessant sein zu sehen, ob eine solche Bewegung in Luxemburg entstehen wird und diesem Gefühl, das ganz sicher präsent ist, Gehör verschafft. Auch wenn der Finanzplatz einen großen Teil der Wirtschaft ausmacht, so stellt sie aber nicht die gesamte Wirtschaft dar. Die Luxemburger werden sich entscheiden müssen, ob sie so weitermachen und dann riskieren, andere Wirtschaftszweige zu verlieren, oder ob sie die Wirtschaft neu ausrichten.“

„Luxemburg muss sich als Land fragen, was ist unsere nationale Identität? was macht uns aus?“, meint auch Bastian Brinkmann. Der fundamentale Widerspruch bestehe darin, dass Luxemburg einerseits helfe, das Projekt EU voranzutreiben, aber sich andererseits völlig der Solidarität in der Fiskalpolitik entziehe. „Da muss man gemeinschaftliche Lösungen finden, aber jede Lösung wird besser sein als der Jetzt-Zustand“, glaubt er. Die Frage müsse lauten: „Sind wir das Hochfinanzzentrum, wo „jeder“ gut verdient, oder was ist unser Geschäftsmodell als Volkswirtschaft? Das muss in einer langen, intensiven Debatte besprochen werden.“ ♦